

Inhaltsverzeichnis

A Einführung	1
B Studentische Unternehmensberatungen	11
I. Vorstellung des Forschungsgegenstandes	11
1. Wesentliche Interessengruppen	12
2. Typische Organisationsanforderungen	13
3. Ein internationales Phänomen	14
II. Selbstverständnis und Organisation	16
1. Definitionsversuche	16
2. Zweckverfolgung nach eigener Anschauung	17
3. Organisation, Rechtsform und Gemeinnützigkeit	18
4. Mitglieder und Berater	20
5. Finanzierung, Beratungspreise und Umsätze	22
III. Wirtschaftsfaktor Studentische Unternehmensberatung	22
1. Marktdaten im Überblick	22
2. Segmentierung in Größenklassen	23
a) Die Großen: Tradition und hohe Preise	23
b) Die Mittleren: Wenige Berater, viele Beratungstage	24
c) Die Kleinen: Jung, günstig und zahlreich	24
d) Marktverhältnisse und Marktentwicklung	24
3. Regionale Segmentierung	25
a) Der fleißige Norden	25
b) Der effiziente Osten	25
c) Der großzügige Süden	26
d) Der ausgeglichene Westen	26
4. Vergleich zum gewerblichen Beratungsmarkt	27
IV. Ideelle Zweckverfolgung studentischer Unternehmensberatungen	27
1. Ideelle externe und interne Beratung	28
2. Interne und externe Schulungen	29
3. Verbandsbezogene Aktivitäten	30
4. Gesellige und soziale Aktivitäten	31
V. Fazit der Bestandsaufnahme	31

C	Studentische Beratungen im Lichte der Gemeinnützigkeit	33
	I. Förderung der Allgemeinheit	34
	1. Verfolgung eines gemeinnützigen Zwecks	36
	a) Wissenschaft und Forschung	36
	b) Jugendhilfe	38
	c) Erziehung, Volks- und Berufsbildung, Studentenhilfe	40
	(1) Interpretationsbedarf des Merkmals Studentenhilfe	40
	(2) Studentenhilfe im Verhältnis zu angrenzenden und sich überschneidenden Förderzwecken	44
	(a) Spezialfall der Wohlfahrtspflege	44
	(b) Spezialfall der Volks- und Berufsbildung	46
	(3) Studentenhilfe als eigenständiger gemeinnütziger Zweck	48
	(a) Adressatenorientierung des Gemeinwohlzwecks Studentenhilfe	49
	(b) Historisches Verständnis der Studentenhilfe	50
	(c) Aktuelles Verständnis der Studentenhilfe	51
	(i) Gemeinwohlnutzen der Studentenförderung	51
	a. Legitimierung der Förderungswürdigkeit Studierender	52
	b. Typische förderungswürdige Bedürfnisse Studierender	53
	(ii) Umfang und Grenzen der Studentenhilfe	56
	(4) Fazit Studentenhilfe	58
	(5) Förderung der Studentenhilfe durch die studentischen Unternehmensberatungen	59
	d) Zwischenergebnis zur gemeinnützigen Zweckverfolgung	61
	2. Keine unzulässige Einschränkung des geförderten Personenkreises	61
	3. Zusammenfassung	64
	II. Ausschließlichkeit, Selbstlosigkeit und weitere Gemeinnützigkeitsvoraussetzungen	64
	1. Die Wahrung des Ausschließlichkeitsgebotes	66
	a) Studenten fördernde Beratungspraxis	68
	b) Grenzen	71
	(1) Keine Zweckverfehlung durch die geringfügige Beteiligung nicht (mehr) Studierender	72
	(a) Typische, studierende Mitglieder	74
	(b) Typische, studiumsnahe Mitglieder	74
	(c) Atypische, dauerhafte Mitglieder	75
	(d) Würdigung der Rechtstatsachen	77
	(2) Kein Gestaltungsmissbrauch und Vorsteuervorteil	77
	(a) Kein unzulässiger Steuer- oder Ertragsvorteil bei den Kunden	78
	(b) Keine unzulässigen Steuervorteile bei den Mitgliedern	78
	c) Gestaltungsoptionen	80
	d) Zusammenfassung	81
	2. Die Beachtung der Selbstlosigkeit	82
	a) Selbstlosigkeit beim Mitteltransfer	84
	(1) Beratungsabwicklung durch die Organisation	84
	(2) Mitteltransfer in Gestaltungsvarianten	87

b)	Verbot überwiegend wirtschaftlicher Mitgliederförderung	91
(1)	Grundlagen zu Selbstlosigkeit und Mitgliedernützigkeit	91
(2)	Fallbeispiele zur Abwägung der Interessenverfolgung	93
(3)	Abwägungsmaßstäbe für die Bestimmung der Selbstlosigkeit bei studentischen Beratungen	97
(4)	Tatsächliche Feststellungen zu den Abwägungskriterien	99
(a)	Art und Ausmaß des eigenwirtschaftlichen Vorteils der Mitglieder	99
(b)	Individueller altruistischer Beitrag und Gemeinsinn	103
(c)	Entfalteter Gemeinwohlnutzen der studentischen Unternehmensberatungen	105
(i)	Bedeutung für das Gemeinwohl	105
(ii)	Beitrag zum allgemeinen Wohl	107
(d)	Abwägung	109
(i)	Maßgebliche Abwägungskriterien	110
(ii)	Grenzen des kollektiven wirtschaftlichen Nutzens	111
(iii)	Grenzen für individuelle wirtschaftliche Vorteile	112
(e)	Zwischenergebnis	113
(5)	Würdigung der studentischen Unternehmensberatungen	114
(a)	Hohe Vergütung: Die typische große studentische Beratung	115
(b)	Hohe Beraterquote: Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher und nicht wirtschaftlicher Förderleistung	116
(c)	Hoher Mitgliedsbeitrag: Als Zugangsschwelle und Anreiz für wirtschaftliche Aktivitäten gemeinnützigkeitsschädlich	116
(d)	Hohe Einzelvergütung: Keine verdeckte Individualnützigkeit	117
(e)	Hohe Quote nicht studentischer Berater: Strenge Grenzen durch Gestaltungsvarianten erweiterbar	118
c)	Zusammenfassung	121
3.	Unmittelbarkeit und sonstige Gemeinnützigkeitsvoraussetzungen	122
III.	Studentische Unternehmensberatungen als gemeinnützige Organisationen	122

D Studentische Beratungen im Lichte des Vereinsrechts

I.	Entwicklung der Vereinsklassenabgrenzung	125
1.	Die Theorien zur Vereinsklassenabgrenzung	125
2.	Die teleologisch-typologische Abgrenzungslehre	126
3.	Das Nebentätigkeitsprivileg	129
II.	Unternehmerischer Verein	133
1.	Eigene unternehmerische Betätigung im Verein	133
2.	Anwendung des Nebentätigkeitsprivilegs	136
a)	Problem der Doppelzweckverfolgung	137
b)	Absolute und bilanzielle Kriterien	140
(1)	Differenzmethode nach Knauth	140
(2)	Bilanzsummen- und Umsatzmethode nach <i>Mummenhoff</i>	141

(3) Absolute Grenzen nach <i>Heckelmann</i>	142
c) Nominelle Unterordnung – Geprägetheorie	142
(1) Mitglieder ohne Bezug zu wirtschaftlichen Aktivitäten überwiegen zumeist nicht	144
(2) Studentische Beratungen wenden mehr Zeit für ideelle als für wirtschaftliche Aktivitäten auf	145
(3) Finanzierung und Mittelverwendung variieren stark und sind nur eingeschränkt aussagekräftig	146
(4) Wirtschaftlich geprägtes Außenbild	148
(5) Ambivalenz der Mittel-Zweck-Relation	148
(6) Risikobewertung und Disziplinierungsfunktion	149
(7) Zwischenergebnis	149
d) Objektiv-funktionale Unterordnung	150
(1) Funktionaler Zusammenhang und Zweckbedeutung	152
(2) Feststellung des Überwiegens ideeller Zweckverfolgung	153
(a) Eine strenge Ausrichtung auf die Begleitung des typischen Studiums spricht für die Privilegierung	154
(b) Die Finanzierung und Mittelverwendung zugunsten der studentischen Berater spricht für einen wirtschaftlichen Fokus	156
(3) Relevanz des Verkehrsschutzes	158
(4) Zwischenergebnis	160
e) Subjektiv-funktionale Zuordnung	161
(1) Position des BGH	163
(2) Kritik an der BGH-Rechtsprechung zu KITAs	164
(a) Zur mangelnden Beachtung des Gesetzeswortlauts	165
(b) Zur Maßgeblichkeit der Intentionen des historischen Gesetzgebers	166
(c) Zur unzureichenden Ergänzung des vereinsrechtlichen Gläubigerschutzes durch das Gemeinnützigkeitsrecht	168
(i) Niveau des Gläubigerschutzes im Idealverein	169
(ii) Kein absoluter Vorrang der Verfolgung von Allgemeinwohlzwecken gegenüber dem Gläubigerschutz	171
(iii) Bestimmungen des Gemeinnützigkeitsrechts wiegen die Schutzdefizite des Vereinsrechts nur teilweise auf	173
(iv) Unzureichende Folgenbetrachtung provoziert Kritik	176
(d) Mitgliederschutz im Vereins- und Gemeinnützigkeitsrecht	177
(e) Der systematische Fehlschluss	178
(f) Die rechtsstaatlichen Bedenken	179
(3) Auswirkungen der BGH-Rechtsprechung zu KITAs	180
(4) Zwischenergebnis	181
3. Zusammenfassung	182
III. Übernahme von Unternehmensfunktionen	182
1. Vorliegen einer genossenschaftsähnlichen Kooperation von Unternehmern	183
a) Unternehmer in studentischen Beratungen	184
(1) Unternehmereigenschaft von studentischen Beratern	184

(2) Zurechnung bei heterogener Mitgliederstruktur	190
(a) Kein Erfordernis eines exklusiv aus Unternehmern bestehenden Mitgliederkreises	190
(b) Zurechnung aufgrund eines Unternehmers unter den Mitgliedern	191
(c) Keine Maßgeblichkeit des Verhältnisses von Unternehmern zu nicht- Unternehmern unter den Mitgliedern	192
(d) Keine Maßgeblichkeit der faktischen Willensbildung	192
(e) Konsequenzen für die studentischen Unternehmensberatungen	195
b) Zurechnungsvoraussetzungen beim Verein	197
(1) Überblick über den Meinungsstand	197
(2) Funktionale Bestimmung der Relevanz des Vereinsbeitrages zum Unternehmen der Mitglieder	198
(3) Zurechnungsrelevante Wertschöpfungsbeiträge	201
(a) Übernahme qualifizierter Unternehmensfunktionen	201
(b) Bereitstellung von Ressourcen und Einrichtungen	203
(c) Sonderfall Werbeverein	205
(4) Zusammenfassung	206
(5) Anwendung auf studentische Unternehmensberatungen	207
c) Zwischenergebnis	216
2. Anwendung des Nebentätigkeitsprivilegs	218
a) Zurechnungsumfang und Abwägungsmaßstab	218
b) Absolute und bilanzielle Kriterien	222
(1) Differenzmethode nach <i>Knauth</i>	222
(2) Bilanzsummen- und Umsatzmethode nach <i>Mummenhoff</i>	222
(3) Absolute Grenzen nach <i>Heckelmann</i>	223
c) Nominelle Unterordnung	223
(1) Vereinsbeiträge für die Beratungsleistung der Mitglieder	224
(2) Vergleich zum Volltypus	225
(3) Zwischenergebnis	226
d) Objektiv-funktionale Unterordnung	226
(1) Geringere Gläubigergefährdung als im Volltypus	226
(2) Keine dauerhafte wirtschaftliche Interessenbindung durch Beschränkung der Mitgliedschaft auf das Studium	228
e) Subjektiv-funktionale Zuordnung	229
3. Zusammenfassung	229
IV. Wirtschaftlicher Verein am inneren Markt	231
1. Dauerhafte, planmäßige, entgeltliche Leistung des Vereins an die Mitglieder	232
2. Einschränkende Kriterien	235
a) Marktgängigkeit der Vereinsleistung	235
b) Isolierbarkeit der Vereinsleistung	237
c) Charakter der mitgliedschaftlichen Beziehung	238
d) Bedeutung von Gewinnverzicht und Gemeinnützigkeit	240

3.	Würdigung	241
a)	Unergiebigkeit der Merkmale Marktgängigkeit und Isolierbarkeit der Vereinsleistungen ...	242
b)	Defizite der Selbstkostendeckungsregel	243
c)	Kritik am Ansatz des Gemeinnützigkeitsvorrangs	243
d)	Folgen für den wirtschaftlichen Verein mit innerem Markt	244
4.	Bedeutung für studentische Beratungen	248
V.	Auslagerung und Zurechnung	249
1.	Standpunkt der Rechtsprechung: Strenge Trennungstheorie	250
2.	Andere Zurechnungskonzepte	252
a)	Sozialpflichtigkeit des Eigenkapitals nach <i>Reuter</i>	252
b)	Gesellschaftsrechtliche Zurechnung nach <i>K. Schmidt</i>	253
c)	Konzernrechtliche Zurechnungskonzepte	254
d)	Ergebnis nach den Anhängern der Zurechnungstheorie	255
3.	Ansatz der Bilanzökonomie nach <i>Leuschner</i>	256
4.	Kritik der Auffassungen	258
a)	Strenge Trennungstheorie	258
b)	Zurechnungskonzept nach <i>Reuter</i>	259
c)	Zurechnungskonzept nach <i>K. Schmidt</i>	263
d)	Konzernrechtliche Zurechnungskonzepte	265
(1)	Zur Konzerneingangskontrolle und zum Erfordernis der Unternehmereigenschaft eines Vereins als Konzernspitze	266
(2)	Gläubigerschutz im Konzern- und Gesellschaftsrecht	267
(a)	Anwendbarkeit der Konzernhaftung auf die abhängige GmbH	268
(b)	Konzernhaftung für die abhängige Ein-Personen-GmbH	268
(c)	Deliktische Verantwortlichkeit der herrschenden Gesellschaft und Haftung aufgrund gesellschafterlicher Treuepflicht	269
(d)	Mangelnde Kapitalausstattung der Konzernspitze	270
(e)	Zwischenfazit	271
(3)	Zum Nebentätigkeitsprivileg	271
(4)	Zwischenergebnis	272
e)	Zurechnungskonzept nach <i>Leuschner</i>	273
(1)	Unzureichender Schutz für Gesellschaftsgläubiger	273
(2)	Schwierigkeiten für die Vereinsfinanzierung	274
(3)	Mangelnde Praxistauglichkeit durch Überforderung	275
(4)	Zu geringer Verkehrsschutz durch das Erfordernis der konkreten Gläubigergefährdung	275
f)	Eigener Standpunkt	277
(1)	Voraussetzungen der Zurechnung und zur Durchbrechung des Trennungsprinzips	279
(a)	Ablehnung der strikten Trennungstheorie	279
(b)	Mangelnde Praxistauglichkeit der dynamischen Bilanzprüfung	280
(c)	Inkongruenz der konzernrechtlichen Vorschriften zu dem Zweck der Vereinsklassenabgrenzung	280
(i)	Mangelnde Schutzfunktion der Organhaftung	280

(ii) Mangelnde Effektivität des Gläubigerschutzes bei verhaltensabhängiger Haftung	281
(iii) Unvereinbarkeit von Haftungslücken im Konzernrecht mit dem Zweck der Vereinsklassenabgrenzung	282
(iv) Mangelnde Effektivität des Gläubigerschutzes bei Anwendung der konzernrechtlich erforderlichen wirtschaftlichen Interessenbindung	284
(d) Die Schutzzweckbestimmung der §§ 21, 22 BGB	285
(e) Mehrheitliche Beteiligung als Zurechnungsvoraussetzung	285
(2) Das Nebentätigkeitsprivileg als ausgleichendes Korrektiv	286
(a) Erfordernis eines funktionalen Zusammenhangs	287
(b) Flexibilität des Nebentätigkeitsprivilegs	288
(3) Ergebnis	290
5. Privilegierung studentischer Beratungen mit Beratungsbetrieben in Tochtergesellschaften	291
VI. Eintragungsfähigkeit studentischer Unternehmensberatungen	293

E Folgerungen für das Vereinsrecht	295
I. Die Vereinsklassenabgrenzung	295
1. Sinn und Zweck der Vereinsklassenabgrenzung	295
2. Ideeller oder gewinnfreier Verein	298
3. Einfluss des Gemeinnützigkeitsrechts	300
4. Nebentätigkeitsprivileg und Finalitätsgebot	303
5. Wert der teleologisch-typologischen Methode	309
a) Volltypus	310
b) Genossenschaftlicher als unternehmerischer Typus	310
c) Innerer Markt	311
(1) Kein Idealverein ohne Idealzweckverfolgung	312
(2) Unternehmereigenschaft der Mitglieder als Vermutung für Wirtschaftlichkeit der Vereinszweckverfolgung	313
(3) Vereinsleistung und Charakter der mitgliedschaftlichen Beziehung als entscheidender Abgrenzungsmaßstab	313
(4) Korrektur anhand des Gläubigerschutzes	315
d) Unternehmerischer Beteiligungsverein als weiterer Typus	316
e) Verhältnis der wirtschaftlichen Vereinstypen zueinander	317
6. Zusammenfassung	319
II. Die Reform des Vereinsrechts	319
1. Der Reformbedarf	320
2. Der Reformansatz	322
a) Keine Zweckneutralität im Vereinsrecht	322
(1) Offenes Verfassungsrecht	323
(2) Rechtspolitische Erwägungen	323

b)	Keine absolute Harmonisierung mit dem und kein Übergreifen aus dem Gemeinnützigkeitsrecht	325
c)	Keine Vitalisierung des wirtschaftlichen Vereins	328
d)	Gewinnausrichtung als Abgrenzungskriterium	331
(1)	Die Entwicklungen in Recht und Gesellschaft streiten für eine Liberalisierung des Vereinsrechts	331
(a)	Zum Rechtsfrieden: Anpassung der Gesetzeslage an die Rechtswirklichkeit	332
(b)	Zur Rechtsstringenz: Annäherung des Vereinsrechts an das Gemeinnützigkeitsrecht	333
(c)	Zur Angleichung der Gläubigerschutzsysteme im Recht der Vereine	334
(d)	Zum Wandel durch soziologische und technologische Entwicklung	336
(e)	Zur Konzeption und zum Anwendungsbereich des Vereins	338
(f)	Zusammenfassung	339
(2)	Die Einwände gegen die Öffnung des Vereins für wirtschaftliche Aktivitäten überzeugen nicht	339
(a)	Diskrepanz zur Vorstellung des historischen Gesetzgebers und der Rechtsanwender	339
(b)	Missbrauchsgefahr und effektive Kontrolle	340
(c)	Mangel an Disziplinierungsinstrumenten	342
(d)	Ausschluss von Vermögensverwaltungsvereinen	343
(e)	Konturenverlust der Rechtsformen	344
(3)	Fazit	345
3.	Der Reforminhalt	345
a)	Konzeption des bürgerlich-rechtlichen Vereins	345
b)	Überwindung der Schutzdefizite durch normative Gestaltung mit Rücksicht auf die Autonomiebedürfnisse	347
(1)	Handelsrechtliche Rechnungslegung und Publizität	347
(a)	Erstreckung auf qualifiziert wirtschaftlich tätige Verein	348
(b)	Pflichtenauslösende Voraussetzungen	348
(c)	Abwendung von Publizitätslücken bei Vereinskonzernen	351
(d)	Keine unüberwindbare Diskrepanz zum Genossenschaftsrecht	352
(2)	Professionalisierungsdruck für Vereinsvertreter	352
(3)	Einschränkung der Satzungsautonomie über die Vertretungsmacht	353
(4)	Verbesserung der Corporate Governance	355
(a)	Konkretisierung der mitgliederschaftlichen Rechte und Pflichten	356
(i)	Zuweisung von Kompetenzen zur Mitgliederversammlung	356
a.	Zweckänderungen als zwingende Kompetenz der Mitglieder	358
b.	Flexibilisierte Kompetenzzuweisung für Kernbereiche der Mitgliedschaft und Strukturmaßnahmen	358
c.	Autonomie sonstiger Satzungsänderungen	361
d.	Zusammenfassung	362
(ii)	Mitwirkung an der Rechnungslegung	362
(iii)	Weitere Kontrollinstrumente	363
(b)	Stärkung des Minderheitenschutzes	364

(c)	Besonderheiten in Großvereinen	365
(i)	Delegationsmöglichkeiten der Mitgliederversammlungskompetenz	365
(ii)	Erforderlichkeit eines zusätzlichen Kontrollorgans	368
(iii)	Definition von Größenmerkmalen des Großvereins	371
(d)	Wahrung der Handlungsfähigkeit bei Verlagerung der Personalkompetenz	374
c)	Stärkung der registergerichtlichen Kontrolle	375
d)	Vermögenszuweisung bei Zweckänderung	377
(1)	Die Umwidmung von Vermögen durch Zweckänderung	378
(2)	Der liberale Lösungsansatz	379
(3)	Das Problem beim Mitgliederschutz	381
(4)	Der steuerrechtliche Flankenschutz	382
e)	Verhältnis zum Gemeinnützigkeitsrecht	382
f)	Systematik des Vereins im bürgerlichen Recht	384
(1)	Der wirtschaftliche Verein	384
(2)	Der nicht rechtsfähige Verein	386
4.	Die Reformvorschläge im Überblick	387
III.	Fazit	390
F	Anhang	393
1.	Gründung, Zweck und Selbstwahrnehmung	394
2.	Kuratoren, Sponsoren und Förderer	395
3.	Verbandsmitgliedschaft, Kooperation und Qualitätssicherung	396
4.	Kunden und Portfolio	398
5.	Beratungsumfang und Vergütung	402
6.	Mitglieder, Berater und Recruiting	405
7.	Verbandsrecht, -finanzierung, Projektabwicklung und Gemeinnützigkeit	409
8.	Liste der befragten Initiativen	413
G	Literaturverzeichnis	417